

Präsident Bernd Busemann:

Ich glaube, wir haben die Regierungsbänke rechts und links - links und rechts, wie Sie wollen - wieder besetzt und können nun unsere Arbeit fortsetzen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum letzten Tagesordnungspunkt für heute, aber zu einem weiß Gott wichtigen:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident Weil, Sie haben das Wort.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass nach einer Wahl die Regierungserklärung der neuen Landesregierung durch einen Parlamentsneuling abgegeben wird, ist mehr als ungewöhnlich. Ich stehe zum ersten Mal vor dem Niedersächsischen Landtag als neuer Ministerpräsident und als neuer Abgeordneter. Das markiert vielleicht besonders deutlich einen neuen Abschnitt in der niedersächsischen Landespolitik.

Dass ein neuer Ministerpräsident das Programm einer neuen Landesregierung vorstellt, ist das Ergebnis eines, wie ich finde, durchaus ungewöhnlichen Wahlkampfes und vor allem auch eines ungewöhnlichen Wahlabends. Am Ende dieser dramatischen Stunden gab es einen denkbar knappen Regierungswechsel. Die alte Regierungskonstellation hat ein Mandat weniger, die neue Regierungskonstellation von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat ein Mandat mehr.

Ich kann mir vorstellen, dass ein solcher Wahlausgang nicht leicht zu verkraften ist für diejenigen, die am Ende ganz knapp am kürzeren Ende gesessen haben. Deswegen ist es mir ein persönliches Anliegen, eingangs meiner Ausführungen den bisherigen Mitgliedern der Landesregierung und vor allen Dingen Ihnen, lieber Herr McAllister, sehr herzlich für Ihre Arbeit zu danken. Ungeachtet aller politischen Meinungsverschiedenheiten möchte ich Ihnen ausdrücklich meinen Respekt zollen für Ihre Arbeit und für Ihr Engagement für unser Land. Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute, lieber Herr McAllister.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich eines hinzufügen: Es ist alles in allem - der Herr Präsident hat heute Vormittag schon darauf hingewiesen - ein bemerkenswert fairer Wahlkampf gewesen, in dem die vier heute hier vertretenen Fraktionen miteinander konkurriert haben. Die neue Landesregierung wünscht sich auch in Zukunft einen fairen Umgang miteinander. Wir werden die offene und respektvolle Zusammenarbeit mit allen Fraktionen des Hauses suchen, und ich würde mich sehr freuen, wenn dieses Angebot auf Gegenliebe stößt.

Ich sagte, es war ein denkbar knappes Wahlergebnis. Vielleicht lohnt es sich, eine Sekunde lang darüber nachzudenken, warum es so knapp gewesen ist. Aus den Umfragen, die erhoben worden sind, ergibt sich ein merkwürdig zwiespältiges Bild. Einerseits war nämlich die Mehrheit der Befragten danach durchaus nicht unzufrieden mit der Landespolitik und der Landesregierung insgesamt. Andererseits wollte eine Mehrheit eine neue Landesregierung haben.

Wie kommt das? Wie lassen sich diese auf den ersten Blick widersprüchlichen Haltungen erklären? - Nun fürchte ich, es wird nicht möglich sein, dass wir in dieser Frage alle miteinander zu demselben Urteil gelangen. Meine persönliche Interpretation ist folgende: Vielen Menschen in Niedersachsen geht es durchaus gut, beileibe nicht allen. Viele Menschen in Niedersachsen sind auch durchaus zufrieden mit dem Status quo, aber sie spüren immer deutlicher, dass es so nicht bleiben wird. Das Gefühl für die Herausforderungen der Zukunft ist stärker geworden und führt dann, meine ich, letztlich auch zu politischen Konsequenzen wie einem Regierungswechsel.

Niedersachsen hat in all seiner Vielfalt viele Chancen für eine erfolgreiche Zukunft. An Herausforderungen ist allerdings in der Tat kein Mangel.

Das gilt vor allen Dingen für die markanten Veränderungen in unserer Bevölkerung. Der demografische Wandel ist *das* zentrale Zukunftsthema für uns in Niedersachsen, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Unsere Wirtschaft steht und fällt mit qualifizierten Fachkräften, und der Rückgang von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rüttelt an dieser Basis.

In einem Flächenstaat wie Niedersachsen sind die Auswirkungen einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft im ländlichen Raum besonders spürbar. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen, wie z. B. die Stabilität der sozialen Netze und ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr, ist unter diesen Bedingungen nicht mehr von Anfang

an sichergestellt. Und vor allem: Die Veränderungen in der Bevölkerung wirken sich regional höchst unterschiedlich aus. In den großen Städten und in großen Teilen des Westens unseres Landes darf man auch künftig auf einen Bevölkerungszuwachs hoffen. Gleichzeitig erwarten der Süden, der Osten, der Nordosten, aber auch viele andere Teile des Landes einen zum Teil herben Rückgang der Bevölkerungszahl, vor allen Dingen bei jungen Menschen.

Ich bin persönlich davon überzeugt: Die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen, ist die herausragende gesellschaftspolitische Aufgabe, die sich uns in den nächsten Jahren und auch Jahrzehnten stellen wird. Leider ist an dieser Stelle viel Zeit vertan worden. Umso dringlicher wollen wir diese Aufgabe jetzt anpacken.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Herausforderung ist so groß, dass die Politik alleine die notwendige Anpassung kaum wird schaffen können. Wir brauchen dafür viele Partner in der Gesellschaft. Wir müssen gemeinsam dagegenhalten, wir müssen gemeinsam hart arbeiten für eine gute Zukunft des Landes in allen seinen Teilen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch in anderen Bereichen wachsen die Zweifel daran, ob ein schlichtes „Weiter so“ das richtige Konzept für die Zukunft ist. Der Klimawandel gefährdet weltweit die Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Das ist unverantwortlich. Es geht aber auch um spezifisch niedersächsische Themen wie die Folgen einer stetig intensiveren Land- und Ernährungswirtschaft. Das Modell eines rein quantitativen Wachstums stößt immer deutlicher an seine Grenzen und ist dennoch unverändert die Grundlage unseres Wohlstands. Die Landespolitik wird zunehmend mit diesem Spannungsverhältnis konfrontiert und muss Beiträge dazu leisten, verstärkt auch qualitatives Wachstum möglich zu machen. Das betrachtet die neue Landesregierung als Teil ihrer Aufgabe.

Ein weiteres Thema, das unsere Arbeit prägen wird, ist die Lage der öffentlichen Finanzen. Die öffentlichen Finanzen in der Bundesrepublik mögen nicht so schlecht dastehen wie anderenorts, aber weiß Gott schlecht genug. Sie lassen derzeit insbesondere nicht die dringend notwendigen Investitionen in die Zukunft zu. Die neue Landesre-

gierung bekennt sich ausdrücklich zur Schuldenbremse.

(Lachen bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: Endlich einmal eine Neuigkeit in diesem Haus! Der Schuldenbremse haben Sie nämlich nicht zugestimmt! - Unruhe bei der CDU)

- Ich muss mich erst einmal an die Gepflogenheiten hier gewöhnen. Aber hat diese Seite des Hauses etwas gegen die Schuldenbremse?

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Ulf Thiele [CDU]: Wenn Sie einmal nach links gucken, wissen Sie, wo das Problem liegt!)

Die Überschuldung des Landes ist in den letzten zehn Jahren um 20 Milliarden Euro gestiegen. Meine Damen und Herren, so darf es nicht weitergehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir dürfen unsere ungelösten Probleme nicht schlichtweg an die nächste Generation weitergeben.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Das beantwortet aber alleine noch nicht die zweite Schlüsselfrage: Wie gewährleisten wir dennoch dringend notwendige Zukunftsinvestitionen, insbesondere in die Bildung? - Die Spielräume dafür zu erarbeiten, betrachte ich als eine Kernaufgabe der deutschen Politik insgesamt, aber auch der Landespolitik in den nächsten Jahren.

(Jens Nacke [CDU]: „Steuererhöhungen“ heißt das! „Steuererhöhungen“ ist das Wort, das Sie suchen!)

„Wir müssen sparen, koste es, was es wolle“ kann nicht unsere Devise sein. „Sparen und investieren“ - das muss unser Motto sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist die neue Landesregierung entschlossen, dicke Bretter zu bohren. Strohfeder sind von uns nicht zu erwarten, ein langer Atem dagegen sehr wohl.

(Jörg Hillmer [CDU]: Was denn konkret?)

Die Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen fühlt sich den Grundsätzen von Nachhal-

tigkeit und sozialem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zutiefst verpflichtet. Wir wissen: Wir müssen uns verändern, wenn wir bewahren wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen steht für uns das Engagement für Familienfreundlichkeit und Bildung im Vordergrund. Ich habe die sich abzeichnenden Veränderungen in der Gesellschaft skizziert. Meine Damen und Herren, das Kernproblem ist der Rückgang von Kinderzahlen. Daraus folgt, wie ich finde, ganz zwangsläufig, dass wir unsere Anstrengungen für ein familienfreundliches Niedersachsen erhöhen müssen. Ob junge Menschen eine Familie gründen, geht den Staat nichts an. Dafür günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, ist aber sehr wohl eine staatliche Verpflichtung. Deswegen werden wir von Beginn unserer Regierungstätigkeit an die Bemühungen intensivieren, damit überall in unserem Land am 1. August 2013 der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz bedarfsgerecht erfüllt werden kann.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn die Möglichkeit besteht, werden wir auch nach und nach die Qualität der frühkindlichen Förderung verbessern: Ich bin sicher: Das ist in mancherlei Hinsicht eine lohnende Investition. Damit bringen wir auch etwas voran, was für die moderne Gesellschaft prägend sein wird: die Gleichstellung der Geschlechter. - Ohne die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dieser Wandel kaum denkbar. Die Landesregierung ist sich der Bedeutung der Gleichstellungspolitik sehr bewusst: Unser Land braucht alle Talente - die der Männer und die der Frauen, sehr verehrte Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Bereich der Bildungspolitik besteht dringender Nachholbedarf an vielen Stellen, Herr Kollege Nacke.

(Jens Nacke [CDU]: An der Stelle haben Sie das erste Versprechen gebrochen!)

Bildungspolitik ist längst ein Kernthema der gesellschaftlichen Entwicklung. Bildung entscheidet ganz wesentlich darüber, ob gut ausgebildete, qualifizierte junge Menschen selbstbewusst ihren Platz in der Gesellschaft finden oder ob sie sich von Kindheit an auf der Verliererstraße wiederfinden. Bil-

dungspolitik ist mittlerweile Wirtschaftsförderung pur. In immer mehr Unternehmen herrscht längst Klarheit darüber, dass der Fachkräftebedarf die zentrale Herausforderung für die weitere Entwicklung ist. Das Beste, was wir für Niedersachsens Wirtschaft in der Zukunft tun können, ist eine fundierte Bildung und Ausbildung aller jungen Leute, bevor sie in den Arbeitsmarkt eintreten.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dafür brauchen wir das eine nicht und das andere umso dringlicher. Was wir nicht brauchen, ist ein vordergründiger Streit um Schulstrukturen, der in Niedersachsen buchstäblich seit Jahrzehnten tobt.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Damit will die Landesregierung Schluss machen. Wir werden keine bestehende Schulform abschaffen,

(Jens Nacke [CDU]: Das ist die Unwahrheit!)

wir werden keine Schulform neu einführen.

(Jens Nacke [CDU]: Dann stimmt euer Vertrag nicht!)

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass vor Ort diejenigen Schulen angeboten werden, die Eltern und Kommunen tatsächlich wollen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen werden wir die Diskriminierung von Gesamtschulen beenden.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Wenn Sie so weitermachen, wird das ein langer Nachmittag.

Wir werden die Fünzfzügigkeit abschaffen. Wir werden dafür sorgen, dass Gesamtschulen wieder Ganztagschulen sein werden. Ihrem pädagogischen Konzept folgend, wird das Abitur an den Gesamtschulen wieder nach neun Jahren möglich sein. Auf dieser Grundlage mögen dann der Elternwille und der kommunale Schulträger darüber entscheiden, welche Schulform den örtlichen Erfordernissen entspricht. Ich bin ganz sicher, auf dieser Grundlage werden wir sehr schnell pragmatisch Schulfrieden überall in Niedersachsen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So wenig wir einen Streit um Schulstrukturen brauchen, so sehr brauchen wir mehr Qualität in unserem Bildungswesen. Es entspricht doch schon dem gesunden Menschenverstand, dass der Bildungserfolg in einer Ganztagschule höher ist als in einer Halbtagschule. Soweit es die Rahmenbedingungen irgend möglich machen, wird die Landesregierung deswegen am Aufbau von Ganztagschulen arbeiten. Je früher Kinder gefördert werden, desto effektiver. Daran werden wir uns orientieren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mehr Qualität darf nicht verwechselt werden mit mehr Stress in der Schule. Viele von uns nehmen mit Sorge die Klagen von Eltern und Lehrern zur Kenntnis, die darüber berichten, dass die Kinder inzwischen unter Dauerdruck stehen. Das gilt insbesondere an den Gymnasien in Verbindung mit dem Abitur nach acht Jahren. Auch an dieser Stelle wird die Landesregierung einen sehr dialogorientierten Ansatz verfolgen und gemeinsam mit den Schulen prüfen, welche Möglichkeiten für eine Entkrampfung des Schulalltages bestehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die neue Landesregierung steht für mehr Qualität, aber auch für mehr Gerechtigkeit in der Bildungspolitik. Deswegen werden wir den Weg der Inklusion intensiv weiterverfolgen - wohl wissend, dass es ein langer Weg werden wird. Deswegen sind wir entschieden dafür, die Studiengebühren abzuschaffen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Studiengebühren sind das Symbol für eine Politik, die Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängig macht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist der eigentliche Grund dafür, dass sich dieser Gedanke in Deutschland nicht hat durchsetzen können - übrigens mittlerweile ganz unabhängig von den Parteifarben der Landesregierungen. Niedersachsen darf nicht das letzte Bundesland sein, das aus dieser Erkenntnis die richtigen Schlussfolgerungen zieht. Deswegen wollen wir die Studiengebühren zügig abschaffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Übrigens: Der Wettbewerb um junge, gute Köpfe wird in Zukunft noch wesentlich härter werden. Niedersachsen leistet sich schon heute einen Export von Schulabgängern, von Abiturientinnen und Abiturienten. Deutlich mehr junge Niedersächsinen und Niedersachsen verlassen unser Bundesland, um anderenorts ein Studium aufzunehmen, als aus anderen Bundesländern junge Leute nach Niedersachsen kommen. Das muss ein Alarmzeichen sein. Wir müssen hart dafür arbeiten, dass Niedersachsen ein attraktives Ausbildungsland wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung, für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg ist eine gute Bildungspolitik das A und O. Deswegen betrachten wir Bildungspolitik als Kernaufgabe unserer Regierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt auf der Hand, dass dieser politische Ansatz ebenso richtig wie finanzpolitisch herausfordernd ist. Die Begründung dafür lässt sich in einem einzigen Satz zusammenfassen, der von John F. Kennedy stammt. Kennedy sagte: Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung, nämlich keine Bildung. - Damit ist alles gesagt. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten von unterlassenen Investitionen in die Bildung übersteigen bei Weitem alles, was Bildung kostet.

Und gleichzeitig sage ich: Diese Landesregierung bekennt sich zur Schuldenbremse. - Wir werden also um die notwendigen Spielräume für die erforderlichen Zukunftsinvestitionen kämpfen müssen. Wir werden dafür im eigenen Bereich kämpfen, im Landeshaushalt. Nach dem erforderlichen Kassensturz im Zusammenhang mit der nächsten Steuerschätzung werden wir eine gründliche Aufgabenkritik, bezogen auf alle derzeit vom Land verfolgten Aktivitäten, vornehmen. Sind diese Aktivitäten notwendig? Werden sie wirtschaftlich erfüllt? Müssen sie vom Land wahrgenommen werden, oder ist nicht beispielsweise eine Kooperation mit den Kommunen denkbar?

(Zurufe von der CDU: Ah! Hört, hört!)

- Ein Gedanke, der für Teile dieses Hauses überraschend zu sein scheint.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist ein harter und mühsamer Prozess, der vor uns liegt, aber er ist unumgänglich. Wie gesagt: Die Steigerung der Landesschulden um 50 % in den letzten zehn Jahren spricht eine deutliche Sprache. Gleichzeitig und nicht weniger intensiv müssen wir für Rahmenbedingungen kämpfen, die Spielräume für Bildungsinvestitionen eröffnen. Ich will mich auf wenige Beispiele beschränken:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung lehnt das Betreuungsgeld ab und dringt darauf, diese staatliche Leistung so schnell wie möglich abzuschaffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie wird sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, entsprechende Bundesmittel den Ländern zur Verfügung zu stellen, damit wir dasselbe Geld in frühkindliche Förderung investieren können, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bei Herrn Bode und Herrn Birkner registriere ich schon Zustimmung; lassen Sie uns daran anknüpfen, meine Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Christian Dürr [FDP])

- Sie konnten es nicht sehen, Herr Dürr; deswegen sage ich Ihnen das.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird sich mit Nachdruck für eine gerechte Steuerpolitik einsetzen. Das gilt schon im eigenen Wirkungskreis. Die Klagen der Finanzämter über eine unzulängliche Personalausstattung insbesondere im Bereich der Betriebsprüfungen sind nicht mehr zu überhören. Wir werden dafür 100 neue Stellen einrichten und damit den Vollzug bestehender Gesetze sicherstellen und für mehr Steuergerechtigkeit sorgen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden uns vor allem auch für eine Finanzausstattung des Landes einsetzen, die Bildungsinvestitionen möglich macht, zum Beispiel durch einen höheren Spitzensteuersatz.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich bin ganz sicher: Eine solche Politik wird auf viel Akzeptanz stoßen, wenn ihr die verlässliche, belastbare, kontrollierbare Zusage zugrunde liegt, nicht Fässer ohne Boden zu füllen, sondern gemeinsam in eine erfolgreiche Zukunft unserer Gesellschaft zu investieren. Das ist die Grundlage dieses Ansatzes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf den Zusammenhang von Familienfreundlichkeit und Bildung mit einer intelligenten Wirtschaftspolitik habe ich schon hingewiesen. Eine erfolgreiche Wirtschaft ist die Basis unseres Wohlstands, aber auch die Basis unseres Sozialstaats. Ihre Zukunft zu sichern, muss eine Kernaufgabe der Niedersächsischen Landesregierung sein. Wir werden dafür die notwendige Infrastruktur bereitstellen, vor allem übrigens mit Blick auf die Möglichkeiten der maritimen Wirtschaft

(Jens Nacke [CDU]: A 20! Sagen Sie doch einmal etwas dazu! Nur *einen* konkreten Satz!)

und die notwendige Hinterlandanbindung. Das gilt für Straße, Schiene und Wasserwege gleichermaßen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich freue mich sehr, Ihnen sagen zu können,

(Jens Nacke [CDU]: Dass die A 20 gebaut wird!)

dass nach unseren Vereinbarungen das von Ihnen so besonders favorisierte Projekt der A 20 so durchgeplant wird, dass anschließend die Bundesregierung die Finanzierung sicherstellen kann.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Vielen Dank! Wenigstens *eine* konkrete Aussage!)

Meine Damen und Herren, gerade am Beispiel der Wirtschaftspolitik wird im Übrigen deutlich, dass wir in Niedersachsen die Verhältnisse nicht über einen Kamm scheren dürfen. Die wirtschaftlichen Potenziale sind derzeit durchaus unterschiedlich. Während im Nordwesten durch die Bündelung von Landwirtschaft, Energiewirtschaft und maritimer Wirtschaft auch weiterhin exzellente Wachstumschancen bestehen, müssen in anderen Teilen des Landes - beileibe in nicht wenigen - überhaupt erst

wieder Perspektiven für die Zukunft erarbeitet werden.

Die neue Landesregierung will eine Spaltung des Landes nicht akzeptieren. Wir wollen nicht hinnehmen, dass sich große Teile des Landes abgehängt fühlen, während andere voranmarschieren. Deswegen haben wir uns eine integrierte Regionalpolitik zum Ziel gesetzt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Was ist das?)

Wir wollen gemeinsam mit den regionalen Akteuren Stärken und Schwächen, Risiken und Potenziale herausarbeiten und auf dieser Basis gemeinsam regionale Entwicklungskonzepte erarbeiten. Jede niedersächsische Region hat ihre Stärken, hat ihre Potenziale. Unser gemeinsames Anliegen muss es ein, auf dieser Grundlage gemeinsam vorzugehen, das Land und die Regionen. Das Land wird, wenn Sie so wollen, vom hohen Niedersachsenross heruntersteigen. Wir wollen in den nächsten Jahren mit den Regionen zusammenarbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden dafür insbesondere auch die Fördermittel der Europäischen Union bündeln und so einsetzen, dass die größtmögliche und nachhaltige Wirkung für die Regionen erreicht werden kann. Wir werden dazu eine entsprechende Organisation unter Federführung der Staatskanzlei aufbauen, die insbesondere über vier Landesbeauftragte dafür sorgt, dass die Landespolitik in den Regionen mit einer Stimme und als verlässlicher Partner auftreten wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen - eine Aufgabe stellt sich überall im Land gleichermaßen und ist überall mit Chancen verbunden. Niedersachsen hat das Potenzial dazu, das Energieland Nummer eins in Deutschland zu werden.

Niedersachsen hat die Chance, überall im Land Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Rahmen der Energiewende zu schaffen. Das gilt für die Windenergie, Onshore und Offshore, ebenso wie für andere erneuerbare Energien und die Maßnahmen zur Energieeffizienz, die vor allem für unser Handwerk nachhaltige Wachstumsimpulse versprechen.

Wir können in Niedersachsen in dieser Hinsicht Technologieführer werden.

Die Landesregierung wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Energiewende ein Erfolg wird,

(Zuruf von der CDU: Wie?)

sie wird sich z. B. mit Nachdruck für einen zügigen Ausbau der Energienetze einsetzen. Das werden wir planvoll und verlässlich vorantreiben.

Aber machen wir uns nichts vor: Über Erfolg oder Misserfolg der Energiewende wird am Ende nicht die niedersächsische Landespolitik entscheiden.

(Jörg Hillmer [CDU]: Auf einmal!)

Mehr denn je brauchen wir ein abgestimmtes, in sich schlüssiges, bei Investoren Vertrauen schaffendes Gesamtkonzept.

(Johanne Modder [SPD]: Das kennt ihr nicht!)

Dafür wird die Landesregierung mit aller Entschiedenheit auf der Bundesebene eintreten, sonst droht die Gefahr, dass aus der Chance eine vertane Chance wird, und das dürfen wir nicht zulassen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Krise der Offshoreindustrie an der Küste sollte uns den Ernst der Situation eindringlich vor Augen führen. Hier gilt das, was für die Energiewende insgesamt Maßstab unserer Politik sein wird, alle niedersächsischen Beiträge zu leisten, die möglich sind, und zugleich eindringlich dafür einzutreten, dass aus dem derzeit bestehenden Energiechaos tatsächlich die versprochene Energiewende wird.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Erklären Sie mal, wie Sie das machen! - Gegenruf von Uwe Schwarz [SPD]: Opposition ist Mist!)

Über den Abschied von der Atomwirtschaft kann es heute keinen ernstlichen Streit mehr geben, über den Umgang mit ihrem historischen Erbe dagegen sehr wohl. Niedersachsen hat das zweifelhafte Privileg, dass in den vergangenen Jahrzehnten alle Pläne zur Endlagerung des Atom-mülls und alle Umsetzungsschritte einzig und allein auf unser Land beschränkt gewesen sind.

(Johanne Modder [SPD]: Genau! So ist das!)

Der Streit um Gorleben hat jahrzehntelang unser Land politisch gespalten. Die Asse zeigt in aller Deutlichkeit, welche Gefahren mit der atomaren

Endlagerung verbunden sind. Die Landesregierung hat in dieser Frage eine sehr klare Haltung: Sicherheit geht über alles.

Es ist gut und richtig, wenn jetzt erstmals über eine neue, ergebnisoffene Suche nach Standorten diskutiert wird. Niedersachsen hat kein Recht, sich aus dieser Diskussion abzumelden. Wir haben aber jedes Recht, aus unseren konkreten Erfahrungen auch konkrete Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die geologisch - nicht politisch - begründeten Zweifel am Standort Gorleben sind in den vergangenen Jahrzehnten nicht kleiner, sondern größer geworden. Es ist doch wohl das Mindeste, wenn man sich anschickt, Sicherheit für buchstäblich eine Million Jahre schaffen zu wollen, dass über die geologische Eignung eines Standorts kein nennenswerter Streit besteht. Diese Voraussetzung wird sich für Gorleben nicht herstellen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch von Jens Nacke [CDU])

Deswegen ist die neue Landesregierung gleichzeitig die erste, die eines unmissverständlich festhält: Gorleben ist als Standort für ein atomares Endlager ungeeignet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Haltung werden wir sehr klar und freundlich in alle Diskussionen einbringen.

(Jens Nacke [CDU]: Sagen Sie einmal etwas zum Endlagersuchgesetz!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der Energiepolitik zur Agrarpolitik, das wäre noch vor relativ kurzer Zeit ein gewaltiger Sprung gewesen. Heute nicht mehr. Die Verbindung von Energiewirtschaft und Landwirtschaft bei der Produktion von Biogas ist ein besonders markantes Beispiel für die immer intensivere landwirtschaftliche Produktion. Auch die Veredelungswirtschaft zeigt denselben Trend und hat an Intensität ständig zugenommen.

In wirtschaftlicher Hinsicht durchaus erfolgreich, hat Niedersachsen seine Position als Agrarland Nummer eins gefestigt. Aber gleichzeitig wächst der Konfliktstoff, der mit dieser Entwicklung verbunden ist. Die „Vermaisung der Landschaft“ mag als Stichwort ebenso genügen wie die durchaus bedenkliche Belastung des Grundwassers in weiten Teilen Niedersachsens mit Nitrat. Anlass zur

Kritik unter dem Gesichtspunkt des Tierschutzes, des Verbraucherschutzes hat es zunehmend gegeben, ebenso wie Streit in örtlichen Gemeinschaften, die an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen sind.

Die Landesregierung will den Charakter Niedersachsens als Agrarland sichern und der Ernährungswirtschaft gute, nachhaltige Bedingungen verschaffen. Statt einer Politik, die 40 000 bäuerliche Betriebe in unserem Land vor die Alternative „wachsen oder weichen“ stellt, wollen wir diese Betriebe im Rahmen einer sanften Agrarwende gezielt fördern.

(Jens Nacke [CDU]: Was soll das denn sein? - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Das kann ich mir richtig vorstellen, dass es Ihnen schwerfällt, sich das vorzustellen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe wirklich den Eindruck, lieber Herr Kollege Nacke: Wir beide werden in den nächsten Jahren noch viel Spaß miteinander haben. Aber darauf freue ich mich.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Butter bei die Fische! Was genau haben Sie vor? - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Die Landesregierung wird im Dialog mit den Unternehmen - da haben Sie schon einmal ein erstes Merkmal - dafür sorgen, dass der Tierschutz geachtet wird, das Vertrauen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern gestärkt wird und die Belange der Umwelt berücksichtigt werden.

Wir setzen uns für ein verbessertes Planungsrecht der Kommunen im Außenbereich ein, werden den Biolandbau fördern und auf eine Produktion von Lebensmitteln drängen, die in der Gesellschaft Akzeptanz und Vertrauen findet.

Eine Revolution in der Agrarpolitik ist von dieser Landesregierung nicht zu erwarten, eine Evolution in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sehr wohl, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Insofern ist es auch nicht falsch, davon auszugehen, dass die Themen des ländlichen Raums von dieser Landesregierung mit besonderer Aufmerk-

samkeit verfolgt werden. Im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, im Zusammenhang mit der Regionalpolitik, im Zusammenhang mit der Agrarpolitik - immer wieder habe ich in den vergangenen Minuten die Entwicklung in der Fläche unseres Landes hervorgehoben; denn hier sind die Herausforderungen tatsächlich am Größten.

Das gilt auch für den Erhalt der sozialen Netze. Die Landesregierung sieht mit Sorge, dass aktuell gerade in der Fläche eine Reihe von Krankenhäusern vor dem wirtschaftlichen Aus stehen. Sie nimmt die Bedenken ernst, wie in Zukunft eine würdige Pflege gerade im ländlichen Raum bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen und zunehmender Alterung gewährleistet sein soll. Das sind Fragestellungen, die wir zum Schwerpunkt unserer sozialpolitischen Aktivitäten machen werden.

Aber eben nicht nur auf der Landesebene: Die wirtschaftliche Situation unserer Krankenhäuser, die Sorge um die Pflege älterer Menschen in Niedersachsen sind auch das Ergebnis einer unübersehbaren Benachteiligung unseres Landes. Sowohl bei der Krankenhausfinanzierung als auch bei den Pflegesätzen sind unsere Krankenhäuser, sind unsere Pflegeheime weit, weit unterhalb des jeweiligen Bundesdurchschnitts. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Pflegekräfte in Niedersachsen haben das Recht auf *denselben* Lohn wie in anderen Bundesländern, Krankenhäuser in Niedersachsen haben das Recht auf *dieselbe* Refinanzierung wie in anderen Bundesländern. Deswegen wird die Landesregierung alle Möglichkeiten über den Bundesrat dafür nutzen, dass bei der sozialen Grundversorgung Gerechtigkeit hergestellt wird und wir damit auch das soziale Netz in der Fläche unseres Landes sicherstellen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an Herausforderungen ist also wahrlich kein Mangel, wenn wir in die Zukunft Niedersachsens blicken. Ehrlich gesagt, sie sind so groß, dass sich die Landespolitik verheben würde, wollte sie diese Aufgaben alleine angehen. Wir sind in jedem gesellschaftlichen Bereich, in jedem Politikfeld auf Verbündete und Unterstützung angewiesen. Die Fähigkeit zur Partnerschaft und Kooperation soll deswegen den Arbeitsstil dieser Landesregierung prägen.

Um Ihnen nur einige Beispiele zu geben: Die Bedeutung einer erfolgreichen Integrationspolitik ist nicht zu überschätzen. Ein immer größerer Teil unserer Bevölkerung hat einen Zuwanderungshintergrund, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Die Landesregierung wird deswegen in allen Ressorts Integration als Querschnittsaufgabe ansehen. Sie wird unterschiedlichen Kulturen, Weltanschauungen, Religionen mit Respekt begegnen und beispielsweise einen Staatsvertrag mit muslimischen Glaubensgemeinschaften anstreben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung wird in der Flüchtlingspolitik einen Paradigmenwechsel vornehmen und in Härtefällen den Gesichtspunkt der Mitmenschlichkeit in den Vordergrund stellen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung wird den Verfassungsschutz gründlich reformieren und einen Beitrag dazu leisten, gerade bei Migrantinnen und Migranten verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Kommunen sind für unseren Politikansatz unverzichtbare Partner. Ohne handlungsfähige Kommunen lässt sich unser Gemeinwesen auf Dauer nicht zusammenhalten. Die Landesregierung wird sich deswegen bei der Finanzausstattung als Anwältin der Städte, Gemeinden und Landkreise in der Bundespolitik verstehen. Sie wird daneben die Kommunen als Partner stärken und um Mitarbeit bitten - ich verweise nur auf die Ausführungen zur Schulpolitik und zur Regionalpolitik. Es gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Reihe von kommunalen Erfahrungen, von denen die Landespolitik profitieren kann, und wir sollten diese Möglichkeiten nutzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen auf Augenhöhe mit den Partnerinnen und Partnern in der Gesellschaft unsere Politik vorantreiben - in der Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Sozialpolitik. Um Ihnen auch dazu nur ein Beispiel zu geben: Inklusion darf sich nicht in erster Linie verstehen als Politik *für* Menschen mit Behinderungen, sondern muss sich in erster Linie verstehen als Politik *mit* Menschen mit Behinderungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung ist schließlich auch davon überzeugt, dass wir gut daran tun, unsere Demokratie zu stärken. Machen wir uns nichts vor: Die Distanz zwischen Regierten und Regierenden ist spürbar gewachsen. Ich halte das für einen schleichenden Muskelschwund unserer Demokratie. Demokratie ist anders, als alle anderen Regierungssysteme auf Vertrauen und auf Mitwirkung angewiesen. Deswegen haben wir vor, die Stichwahlen bei der Wahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bzw. Landrätinnen und Landräten wieder einzuführen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung verbessern und auch insoweit direkte Demokratie erleichtern.

Und wir wollen die politische Bildung in unserem Land stärken. Je mehr junge Menschen und je besser sie das politische System verstehen und Politik beurteilen können, desto besser ist das für unsere Demokratie. Deswegen müssen wir miteinander diese Aufgabe sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat sich - wenn Sie unter alles das einen Strich ziehen wollen - die Zukunft unseres Landes zur Aufgabe gemacht. Wir wollen unser Land nicht verwalten, sondern gestalten. Wir wollen es zukunftssicher machen.

(Ulf Thiele [CDU]: Und Sie haben keine Idee, wie das geht!)

Wir brauchen dafür eine große gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung vieler unterschiedlicher Akteure überall in unserem Land. Wir kennen die Größe dieser Aufgabe und überschätzen keineswegs unsere Möglichkeiten. Wir sind aber sicher: Wir müssen gemeinsam heute die Weichen dafür stellen, dass die Menschen in Niedersachsen auch in 15, in 20, in 25 Jahren und darüber hinaus genauso wie wir heute sicher und mit der Aussicht auf eine gute Zukunft in allen Teilen unseres Landes leben können. Oder wie ein chinesisches Sprichwort sagt: Die erste Generation baut die Straße, auf der die nächste fährt. - Das ist unsere Aufgabe, und ich scheue mich nicht zu sagen: Das ist unsere moralische Pflicht, egal in welcher Ver-

antwortung wir stehen. Lassen Sie uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, gemeinsam daran arbeiten!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall
bei der SPD und bei den GRÜNEN -
Die Abgeordneten der SPD und der
GRÜNEN erheben sich)